

VBW – Podiumsdiskussion vom 30. März 2006: „Der Neue Finanzausgleich (NFA) im Gespräch“

Mit dem NFA sollen die Aufgaben von Bund und Kantonen klarer geregelt und die Ausgleichszahlungen effizienter verwendet werden. Nach einem Überblick über das System als Ganzes werden in einem Podiumsgespräch die Auswirkungen auf Stadt und Kanton Bern diskutiert.

Der Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Peter Siegenthaler (PS) illustriert als Erstes den *Reformbedarf*, der zum Projekt NFA geführt hat:

- Unter dem heutigen Regime werden jährlich 2,2 Mrd. Fr. verteilt. Die Ausgleichswirkungen befriedigen aber nicht (Steuerbelastungsindex Obwalden: 150; Zug: 50).
- Der Finanzausgleich erfolgt über rund 35 unkoordinierte Instrumente. Das System ist intransparent und kompliziert.
- Falsche Anreize wirken als Kostentreiber. Objektsubventionen führen dazu, dass teurere Projekte mit höheren Bundesbeiträgen „belohnt“ werden.

Die wichtigsten *Ziele* des NFA sind demgemäss:

- Verringerung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Kantonen.
- Wirksamerer Einsatz der Mittel.

Diese Ziele sollen im Wesentlichen wie folgt erreicht werden:

- Die Aufgaben von Bund und Kantonen werden entflochten. Als Grundsatz gilt: Eine Aufgabe hat nur einen Träger. So sollen z.B. Bau und Unterhalt der Nationalstrassen alleinige Aufgabe des Bundes werden, wodurch 20% bis 30% weniger Personal nötig sein werden.
- Zwischen den Kantonen werden sogenannte „Spillover-Effekte“ (wie in den Bereichen der Spitzenmedizin und der Hochschulen) abgegolten.
- Auf der Basis der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kantone und der neuen Aufgabenverteilung werden die Finanzströme neu geregelt. Der Ressourcenausgleich erfolgt durch den Bund und die finanzstarken Kantone. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen soll nicht verschwinden.
- Ausgleichszahlungen sind zweckungebunden. Der Bund gibt nur noch Ziele und Strategie vor, die Kantone bekommen viel mehr operativen Spielraum.

Nach PS dauerte das NFA-Projekt zwar lange, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden war aber fruchtbar und erfolgreich: in der Volksabstim-

mung vom 28. November 2004 sprachen sich 64% der Abstimmenden und 20,5 Stände für die Vorlage aus. Jetzt geht es um die Ausführung; rund 30 Gesetze sind zu revidieren.

In der *Podiumsdiskussion* unter der Leitung von Peter Morf, Redaktor „Finanz und Wirtschaft“, geht es vor allem um die Auswirkungen des NFA auf Stadt und Kanton Bern. Diskussionspartner von PS sind deshalb der Projektleiter für die Umsetzung des NFA im Kanton Bern, Gerhard Engel (GE) und Dr. Andreas Knecht (AK), Bereichsleiter Statistikdienste der Stadt Bern.

GE hält fest, dass der Kanton Bern zwar wirtschaftliche Fortschritte erzielt hat, jedoch strukturelle Schwächen aufweist und nach wie vor zu den finanzschwächeren Kantonen gehört. Er wird deshalb zu Recht von der NFA profitieren. AK präzisiert, dass es sich per saldo um relativ wenig Geld, nämlich um rund 90 Mio. Fr. jährlich handeln wird. Obwohl man bei jedem der Instrumente ein Haar in der Suppe finden kann, sind sowohl die Stadt als auch der Kanton Bern insgesamt zufrieden. Der NFA dürfte für lange Zeit das einzige realistische Modell sein.

Von den insgesamt 90 Mio. Fr. werden zu zwei Dritteln die Gemeinden profitieren. Gezielte Steuerentlastungen sind vorgesehen und könnten bereits per 1.1.2008 in Kraft treten (GE).

Der finanzielle Ausgleich innerhalb des Grosskantons Bern ist besonders schwierig, weil dieser sowohl Randgebiete wie auch Städte mit ihren jeweils spezifischen Problemen kennt (AK).

Gemäss PS kommt die Realisierung des NFA in den eidgenössischen Räten gegenwärtig gut voran. Mit grösseren Schwierigkeiten muss in der Schlussrunde gerechnet werden, wo es um die Dotierung des NFA und die Verteilung der Gelder gehen wird.

(2. April 2006 / Peter Wehrli)



Podiumsgespräch zum Thema NFA mit



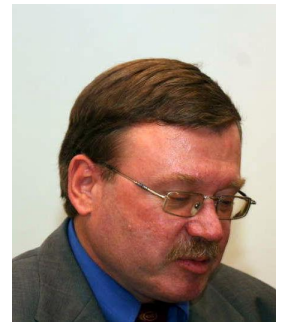
Herrn Dr. Andreas Knecht
 (Bereichsleiter
 Statistikdienste Bern),



Herrn Gerhard Engel
 (Projektleiter Umsetzung
 NFA im Kt. Bern),



Herrn Peter Siegenthaler
 (Direktor Eidg.
 Finanzverwaltung)



unter der Moderation von Herrn
 Peter Morf (Redaktor Finanz
 und Wirtschaft)



mit anschliessend angeregter Diskussion



und individuellen Nachgesprächen,

welche ihre Fortsetzung beim traditionellen Abendessen
 im Haus der Universität fanden.

